

Politik

## **Paritätischer Verband fordert mehr Geld für ambulante Pflegedienste**

Donnerstag, 8. Mai 2014

Berlin - Der Paritätische Gesamtverband hat eine höhere Vergütung für ambulante Pflegedienste gefordert. Die ambulante Pflege sei chronisch unterfinanziert, warnte der Wohlfahrtsverband am Donnerstag in Berlin. Laut einem vom Verband erstellten Gutachten liegen die Vergütungen im Durchschnitt um 48 Prozent zu niedrig. Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, sieht die Rahmenbedingungen in der ambulanten Pflege "an der Grenze des Zumutbaren". Die Löhne für die Beschäftigten und die Zeit für Pflege und Zuwendung seien "auf der Strecke geblieben".

Der Verband beziffert die Mehrkosten für eine ausreichende Absicherung der ambulanten Pflege auf rund eine Milliarde Euro jährlich. Neben angemessenen Gehältern und der Berücksichtigung steigender Betriebskosten wie Benzin für die Einsatzfahrzeuge, seien die Kosten insbesondere durch neue Anforderungen an die Qualifikation des Personals und die Dokumentation der Leistungen massiv gestiegen. Allein der Bürokratieaufwand stieg dem Gutachten zufolge seit 1998 um bis zur 24 Prozent.

### **Pflegereform noch in dieser Legislaturperiode - Pflege-Vorsorgefonds geplant**

In der Praxis bedeute die chronische Unterfinanzierung eine "Pflege im Minutentakt", kritisierte Hesse. Um keine Verluste zu machen, müsse ein Pflegedienst heute beispielsweise die sogenannte große Morgentoilette eines Pflegebedürftigen in weniger als einer halben Stunde erledigen. Für die Reinigung der Wohnung dürfe eine Pflegekraft maximal sechs Minuten aufwenden, für die Hilfe beim Essen und Trinken nur noch eine Viertelstunde.

Den von der Koalition geplanten Vorsorgefonds in der Pflege lehnt der Paritätische Gesamtverband ab. Stattdessen solle das Geld in die Aufwertung der Pflegedienste investiert werden. Zudem müsse die Finanzierung der ambulanten Pflege künftig nach Zeit und nicht länger nach Pauschalen und Modulen erfolgen. Damit die Mehrkosten nicht auf die Pflegebedürftigen abgewälzt werden, seien auch höhere Leistungen in der Pflegeversicherung notwendig. © afp/aerzteblatt.de